



Philologenverband Niedersachsen
Sophienstr. 6
30159 Hannover

Tel. 05 11/3 64 75-0
Fax 05 11/3 64 75-75
Web www.phvn.de
eMail phvn@phvn.de

Verantwortlich:
Helga Olejnik

Regierungskoalition entscheidet sich durch Wortbruch für Konflikt mit der Lehrerschaft

Philologenverband: „Es wird keine Ruhe geben“

In scharfer Form hat der Philologenverband Niedersachsen auf die wortbrüchige Entscheidung der rot-grünen Regierungskoalition reagiert, die Lehrerarbeitszeit zu erhöhen und dabei insbesondere die Gymnasiallehrer zu benachteiligen.

„Wir brauchen mehr und nicht weniger Zeit für gute Bildung für unsere Schülerinnen und Schüler“, unterstrich der Vorsitzende der Lehrerorganisation, Horst Audritz. Die Entscheidung der Regierungskoalition gehe daher eindeutig zu Lasten der Schülerinnen und Schüler. Rot-Grün habe die seit Monaten andauernden landesweiten Proteste auch von Schülern und Eltern negiert und mit leichter Hand abgetan. Eine kluge Politik dagegen hätte sich korrigiert, anstatt den Konflikt mit der Lehrerschaft und großen Teilen der Schüler und Eltern weiter auf die Spitze zu treiben.

Angesichts der aufgebrachten Stimmung in den Schulen und der landesweiten Proteste solle sich die Landesregierung nicht der Illusion hingeben, dass mit dem wortbrüchigen Beschluss der rot-grünen Einstimmenmehrheit im Landtag die Sache erledigt sei. Die Auseinandersetzung werde weitergehen, und die Betroffenen würden die Entscheidung von Rot-Grün „in ihrem politischen Langzeitgedächtnis abspeichern“.

Audritz zeigte sich empört darüber, dass Kultusministerin Heiligenstadt in der Landtagsdebatte allen konkreten Fragen der Opposition mit nichtssagenden Phrasen ausgewichen sei. Auch ihre strikte Ablehnung einer empirisch-wissenschaftlichen Untersuchung der Lehrerarbeitszeit zeige, wieviel Angst die Landesregierung vor den Ergebnissen einer solchen Untersuchung habe.

Audritz wies darauf hin, dass einige Abgeordnete von SPD und Grünen deutlich Unbehagen über den starren Kurs der Regierung signalisiert hätten und nachhaltigen politischen Schaden befürchteten. „Wir werden weiter auf sachgerechte Lösungen dringen, aber auch weiter Druck machen“, betonte Audritz.

Hannover, 13.12. 2013